Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4743 (neu)

13. 06. 89

Sachgebiet 2129

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Hensel und der Fraktion DIE GRÜNEN

Vermeidung von Sonderabfällen

In Anbetracht des Entsorgungsnotstands bei Sonderabfällen rükken die Möglichkeiten zur Ursachenbekämpfung, d. h. die Möglichkeiten zur Vermeidung und Verringerung der Sonderabfälle direkt am Entstehungsort, immer mehr in den Mittelpunkt der Diskussion.

In diesem Zusammenhang haben die Wissenschaftler des Umweltbundesamtes bereits in ihrem Jahresbericht für 1986 wegweisende Vorschläge gemacht. Dort wurde die mögliche Verringerung bis Ende 1989 auf 30 bis 35 Prozent und bis Ende der 90er Jahre auf 50 bis 60 Prozent geschätzt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die vom Umweltbundesamt als realistisch eingeschätzten Reduktionsmöglichkeiten bis Ende 1989 zu erreichen?

2. Welche tatsächlichen Entwicklungen bei Menge und Zusammensetzung der Sonderabfälle erwartet die Bundesregierung bis Ende 1989?

3. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die vom Umweltbundesamt geschätzten Verringerungsmöglichkeiten beim Sondermüll bis Ende der 90er Jahre zu erreichen?

4. Wie weit muß der vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit apostrophierte „Entsorgungskollaps" Wirklichkeit werden, bis sich die Bundesregierung ihrer Eingriffsmöglichkeiten in die Produktionsstrukturen zur Vermeidung und Verringerung des Sondermüllaufkommens bewußt wird?

Bonn, den 13. Juni 1989

Frau Hensel
Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333